



Die Lupe

Informationen für die
Samtgemeinde Aue



Jahrgang 12 | Ausgabe 4 | Dezember 2011

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

das Jahr 2011 war vor allem wegen der Kommunalwahl interessant, und nun gilt es, die erfolgte Fusion mit Leben zu füllen, vor allem Verpflichtungen zur Sparsamkeit einzuhalten und die Gemeinden zusammenzuführen.

Es bleibt spannend und daher erscheint mir eine Nachbetrachtung des vergangenen Jahres angezeigt, die ich unter die Überschrift „Verantwortung oder Posten“ stellen möchte.

Warben einige „Freie Menschen“ vor der Wahl damit, sich keiner Gruppe anzuschließen und die Bürgerinteressen abseits der etablierten Parteien vertreten zu wollen, war davon schon unmittelbar nach Schließung der Wahllokale nicht mehr viel übrig.

Schnell schlossen sich einige aus diesem Kreis der Regierungspartei an, deren Ablösung man lauthals propagiert hatte; sie wurden dafür natürlich kräftig belohnt. Wurde hier das Wahlvolk vielleicht bewusst hinters Licht geführt?

Und auch einige junge Damen, politisch GRÜN hinter den Ohren, hatten nach der Wahl nichts mehr im Sinn, als den eigenen Posten und viele Ämter. Sie sprangen ebenfalls schnell in das Regierungslager der neuen Gemeinde Wrestedt, das sie eigentlich ablösen wollten. Dass man dabei mit alten und bewährten Traditionen brach - egal!

Wie wohltuend, dass wir in beiden Lagern aber auch andere Kolleginnen und Kollegen trafen, die sich ihren Aussagen vor der Wahl verpflichtet fühlten.

Nun kann man ja vieles auf die individuellen Ansprüche der jeweils handelnden Personen schieben, sollte aber

insbesondere bei Fragen des Gemeinwohls auf die Vernunft und Erfahrung anderer etablierter Kräfte wie der CDU zählen können, denn eben diese CDU fühlt sich dem Gemeinwohl ja immer sehr verpflichtet.

Leider war aber auch dort 2011 kein Rückhalt gegeben. Einzelnen Leitfiguren war die persönliche Ämterhäufung so wichtig, dass man sich zur Sicherung dieser Ämter nicht zu schade war, zusätzlich unnötige und kostenverursachende Ämter und Posten einzuführen. Kosten egal - Hauptsache Posten!



Uns jedenfalls wundert dies nicht, denn die Leitfiguren dieser Partei wissen zwar auf öffentlichen Veranstaltungen und in Diskussionen als Einzige immer alles richtig, gehören wohl auch der „Verwaltungsstudienqualitätsbewertungskommission“ des Bundes an, sind sich aber in Ratssitzungen nicht zu schade, sich selbst auch mal als Anfänger zu bezeichnen oder trotz eigener Postengier lauthals um Gemeinschaft zu werben.

Vor allem dann, wenn es gilt, Verantwortung zu übernehmen! Moral? - Egal!

Wie es auch sei, machen Sie sich bitte in den nächsten fünf Jahren Ihr eigenes Bild und begleiten Sie uns weiter kritisch in der Ratsarbeit.

Wir als SPD in der Samtgemeinde Aue sind auch in diesem Jahr unserem Anspruch gerecht geworden und haben uns nicht um der Macht und des Posten willens verkauft - auch wenn wir dafür von der einen oder anderen Ratskollegin als „weniger respektvoll“ im Umgang bezeichnet wurden.

Wir finden: „Im Interesse der Menschen lieber kreativ und ehrlich in der Opposition, als für fünf Jahre vermeintlich wichtig auf dem Thron“.

Liebe Leserinnen und Leser, nun stehen das Fest der Liebe und der Jahreswechsel unmittelbar bevor. Wir hoffen, Sie können genau wie wir die Festtage zur Regeneration und zur Besinnlichkeit nutzen, und wünschen Ihnen und Ihren Familien ein frohes Fest und einen guten Rutsch ins Jahr 2012.

Ganz besonders bedanken sich die Mitglieder der SPD in der Samtgemeinde Aue an dieser Stelle aber auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, die uns auch in diesem besonderen Jahr immer zur Seite gestanden haben.

Wir freuen uns auf das neue Jahr mit Ihnen!

Es grüßt Sie herzlich

Andreas Dobslaw
Andreas Dobslaw





Andreas Dobsław
Kreistagsabgeordneter,
Ratsherr der SG Aue
und der Gem. Wrestedt,
Gruppensprecher SG Aue



Wilfried Nickel
Ratsherr in der SG Aue
und in Bad Bodenteich
Stellv. Gruppensprecher



Kai Staeding
Ratsherr in der SG Aue
und der Gemeinde
Wrestedt



Peter Ramünke
Ratsherr in der SG Aue
und der Gemeinde
Wrestedt



Sylvia Meier
stellv. Fraktionsvorsitzen-
de im Kreistag, Ratsherr
in der SG Aue und der
Gemeinde Wrestedt



Klaus Cichy
Ratsherr in der SG Aue
und der Gemeinde
Wrestedt



Andreas Rösler
Ratsherr in der SG Aue
und der Gemeinde
Wrestedt



Bianca Rohde
Ratsfrau in der
Samtgemeinde Aue und
der Gemeinde Lüder



Herbert Rathje
Ratsherr in der
Samtgemeinde Aue und
stellv. BM der Gemeinde
Soltendieck



Annegret Szymkowiak
Ratsfrau in der
Samtgemeinde Aue und
der Gemeinde
Soltendieck



Dr. Else Fricke
Ratsfrau Gemeinderat
Wrestedt



Natascha Radeck
Ratsfrau Gemeinderat
Wrestedt

Ratsmitglieder

Aus Platzgründen sind hier nicht alle Funktionen der Mandatsträger aufgeführt.
Eine vollständige Auflistung finden Sie im Internet: www.spd-samtgemeinde-aue.de

Wir. Gemeinsam. Für unsere Region.



Wolf-Dieter Hiltner
Ratsherr Gemeinderat
Bad Bodenteich



Jörg Bohnecke
Ratsherr Gemeinderat
Bad Bodenteich



Claudia Fabel-Buhr
Ratsfrau Gemeinderat
Bad Bodenteich



Wolfgang Schulze
Ratsherr Gemeinderat
Lüder

Kirsten Lühmann zu Finanzmarktkrise und Atompolitik

Nachdem sie lange Zeit ziellos herumlaviert haben und Regulierungsmechanismen für die Finanzmärkte bei jeder Gelegenheit blockierten, kündigten die Regierungsfractionen jetzt ernsthaftere Regulierungsmaßnahmen an. Nach den Versäumnissen der Vergangenheit und der Ablehnung jeglicher Vorschläge der Finanzexperten von Peer Steinbrück bis Manuel Barroso halte ich diesen Sinneswandel allerdings für außerordentlich spät und wenig glaubwürdig.

In dieser Frage geht es längst um mehr als um Geld – es geht um das Vertrauen der Menschen in die Gestaltungskraft der Demokratie! Geschäfts- und Investmentbanken müssen getrennt werden, und der Handel von Termingeschäften mit Lebensmitteln und Rohstoffen darf zukünftig nur noch auf kontrollierbaren Handelsplattformen stattfinden.

Wir brauchen eine transparente Regulierung im Schattenbanksektor

mit den berüchtigten Hedgefonds. Dafür sind endlich eine europäische Bankenaufsicht und eine Finanztransaktionssteuer notwendig.

Alle diese Maßnahmen sind lange in der Diskussion, nur leider immer wieder an den ideologischen Marktromantikern in der schwarzgelben Koalition gescheitert. Wenn die Regierung nicht endlich konsequent handelt, ist auch die frühere Führungsposition unseres Landes in Finanzfragen im internationalen Maßstab gefährdet. So weit darf es nicht kommen!

Die SPD-Bundestagsfraction wird auf jeden Fall den notwendigen Druck ausüben, um die Regierungspolitik in diese Richtung zu bewegen und ein erneutes Wackeln und Umfallen unmöglich zu machen.

Ähnlich wie in Finanzfragen kann sich die Bundesregierung auch in



der Atompolitik nicht klar festlegen. Da wird weiterhin hochradioaktiver Atom Müll ins Wendland gekarrt und der Salzstock Gorleben weiter erkundet, obwohl die ergebnisoffene Suche nach einem geeigneten Endlagerstandort längst auf der politischen Tagesordnung steht.

Wie glaubwürdig ist eine solche Politik, die weiter Fakten schafft, während sie der Öffentlichkeit vorgaukelt, unvoreingenommen und ehrlich nach der sichersten Lösung für die kommenden Generationen zu suchen?

Die SPD hingegen hat am letzten Sonntag auf ihrem Bundesparteitag die Aufgabe des Standortes Gorleben beschlossen. Eindeutig und ohne Hintertür. Übrigens auf Antrag des Uelzener Delegierten



Jan Henner Putzier. Für uns steht fest, dass Gorleben juristisch, politisch und geologisch nicht mehr tragbar ist.

Die Kreativität und der Umfang der friedlichen Protestaktionen beim diesjährigen Castortransport zeigen aus meiner Sicht, dass die Bevölkerung sich nach Tschernobyl, Fukushima und Asse nicht mehr mit politischen Hinhaltenaktiken und

leeren Versprechungen zufrieden gibt.

Wir brauchen endgültige Lösungen für die Lagerung von Atommüll und eine verlässliche neue Energiepolitik!

Mein Fazit: In der Finanz- wie in der Atompolitik müssen wir der Regierung und ihrer Entschluss-schwachen Kanzlerin Druck machen – es

geht um die Zukunft unserer Gesellschaft!

Ihre

AKW-Stresstests: Durchgefallen

Von Bernd Lange, MdEP

Im November hat die EU-Kommission die ersten Ergebnisse der Stresstests für europäische Atomkraftwerke präsentiert. Bereits in den letzten Wochen wurde bekannt, dass französische sowie schwedische Kernkraftwerke starke Sicherheitsmängel aufweisen und nun mit der Frage einer Nachrüstung konfrontiert werden.

Für mich ist klar: Die Ergebnisse der Stresstests müssen zu schnellen Konsequenzen führen. Dabei muss eine Nachrüstung unbedingt auf ihre Wirtschaftlichkeit untersucht werden. Ansonsten müsste ein schnelles Ausstiegsszenario entwickelt werden, um höchste Sicherheit zu wahren und eine langfristige Energieversorgung sicherzustellen.

Seit dem 1. Juni 2011 mussten sich alle 143 Kernkraftwerke der EU einer dreistufigen Prüfung unterziehen. Die Stresstests zielten darauf ab, die Sicherheitsmargen der Kernkraftwerke in der EU nach dem Reaktorunfall von Fukushima neu zu bewerten, um eine vergleichbare Ka-

tastrophe innerhalb der Europäischen Union auszuschließen. Die Tests, die sich sowohl auf natürliche (Naturkatastrophen) als auch auf von Menschen

verursachte Gefahren (Folgen von Flugzeugabstürzen und Terroranschlägen) konzentrierten, unterlagen EU-weiten Kriterien, die die EU-Kommission und die Europäische Gruppe der Regulierungsbehörden für nukleare Sicherheit ENSREG Ende Mai diesen Jahres beschlossen hatten. Die Prüfung beinhaltet eine Vorabprüfung durch den Kraftwerksbetreiber, einen Bericht der nationalen Regulierungsbehörden sowie eine Überprüfung durch internationale Expertenteams.

Hinsichtlich der Kriterien und Modalitäten der Risiko- und Sicherheitsbewertungen der Kernkraftwerke haben die Stresstests allerdings eine deutliche Aufweichung erfahren. Zu Risikoszenarien sollten natürlich auch Terroranschläge und Cyberattacken gehören. Stresstests



benötigen verbindliche Konsequenzen. Es ist für mich nicht akzeptabel, dass EU-Mitgliedsstaaten, verbindliche Konsequenzen ablehnen, falls Atomkraftwerke bei Stresstests durchgefallen sollten.

Wir brauchen jetzt den öffentlichen Druck, um Mitgliedsstaaten zu zwingen, unsichere Atomkraftwerke vom Netz zu nehmen.

Mehr Informationen unter:
www.bernd-lange.de

Europabüro
Bernd Lange, MdEP
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover
mail@bernd-lange.de
Tel.: 0511/1674 210

Europa



Castor-Camp 2011 – wir stellen uns quer!

Im November 2011 rollte wieder ein Transport mit 13 Castor-Behältern mit hochradioaktivem Atommüll aus der französischen Wiederaufbereitungsanlage La Hague ins Wendland. Diese Behälter wurden per Zug und per LKW ins Zwischenlager am Salzstock Gorleben verbracht. Ein



und bunten Aktionen ihrem Widerstand Ausdruck, denn sie trauen Bundesumweltminister Röttgen und Schwarzgelb nicht, weil mal wieder mit den Messwerten am Zwischenlager Gorleben manipuliert wurde; weil zum Ausbau in Gorleben 2012 70 Millionen Euro ausgegeben werden, für die angeblich ergebnis-offene Endlager-suche aber nur 3 Millionen.....



gesellschaftlich breit getragener Protest stellte sich diesem Transport entgegen.



Die SPD des Unterbezirkes Uelzen/Lüchow-Dannenberg bot auch in diesem Jahr mit dem Castor-Camp Verpflegungs- und Übernachtungsmöglichkeiten sowie einen Dialog- und Informationspunkt mit wechselnden Veranstaltungen an. Bilder sprechen

mehr als tausend Worte:

Mehrere zehntausend Menschen verliehen mit friedlichen, kreativen

Der Widerstand ist quicklebendig – Gorleben soll leben!



Castor 2011





Volkstrauertag - wo waren die Bürgermeister?

Die Gemeinde Wrestedt hat am 13. Nov. 2011 zu einer Gedenkfeier zum Volkstrauertag am Denkmal in Stadensen eingeladen. Wie in jedem Jahr wurde die Feierlichkeit vom Gesangverein Heiderose und dem Posaunenchor musikalisch begleitet. Die Feuerwehr Stadensen war angetreten.

Die Gedenkfeier zum Volkstrauertag ist eine weltliche Veranstaltung. Der Bürgermeister hält die Rede. Er leitet die Feierstunde. Wo war der neu gewählte Bürgermeister Heinz-Hermann Schulze (CDU)? Wo waren seine Vertreter? Wo war die 1. stellvertretende Bürgermeisterin Silke Schrader (Bündnis90/Die Grünen)? Wo war der 2.

stellvertretende Bürgermeister Dieter Schoop (CDU)? Keiner der Bürgermeister nahm an der Veranstaltung teil. Das ist ein Affront gegenüber allen Beteiligten der Gedenkfeier.

Am 3. Nov. 2011 traf sich der Rat der Gemeinde Wrestedt zu seiner konstituierenden Ratssitzung. Die Bürgermeister wurden gewählt. 10 Tage später zeigt es sich, dass Herr Schulze (CDU), Frau Schrader (Bündnis90/Die Grünen) und Herr Schoop (CDU) bereits mit der ersten offiziellen Amtshandlung überfordert waren.

Kommunalpolitik bedeutet nicht, möglichst viele Posten zu sammeln. Kommunalpolitik bedeutet, sein Amt mit Leben zu

füllen. Diese Erkenntnis hat sich bei Schwarz-Grün noch nicht durchgesetzt.

Ich bedanke mich bei Pastor Winnefeld aus Nettelkamp, der auch den weltlichen Anteil an dieser Veranstaltung mit übernommen hat.



Kai Städing

Vorsitzender der SPD-Fraktion im Gemeinderat Wrestedt
(kaistaeding@aol.com)

„Vertrauensvolle Zusammenarbeit“

In den letzten Wochen wurden im kommunalpolitischen Alltag immer wieder diese Worte ausgesprochen; begehrt in den Antrittsreden der neu gewählten Bürgermeister.

An sich eignen sich diese tief sinnigen und bedeutungsschweren Worte in den konstituierenden Sitzungen schon dazu, nach einem langen und manchmal auch harten Wahlkampf, dem politischen Mitstreiter die Hand zu reichen und für einen Neustart zum Wohle aller Bürger zu werben.

Wenn mit diesen ehrlich gemeinten Worten der Versuch unternommen wird, allen Ratsmitgliedern die Hand auszustrecken, um damit auch zu signalisieren, ab heute schauen wir nur noch nach vorn, dann ist das

sehr lobenswert. Nur, Worte allein reichen nicht aus, wenn aus den vorherigen Handlungen andere Botschaften an die Gegenseite übermittelt werden.

Wenn nämlich zur Vorbereitung auf die neue Amtszeit von der Ratsmehrheit überhaupt kein Gespräch mit der Opposition gesucht bzw. angenommen wird, dann klingt das Angebot zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ wie Hohn. Wenn alle Ämter und zu vergebenden Posten von der knappen Ratsmehrheit besetzt werden, wie kann da von der zahlenmäßig starken Opposition die Bereitschaft zur „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ erwartet bzw. eingefordert werden.

Wenn über beabsichtigte Personalentscheidungen im

Vorfeld nicht vertrauensvoll miteinander gesprochen wird, dann sollten Bürgermeister bitte diese zwei inhaltsstarken Worte nicht zur reinen Floskel verkommen lassen!

Wenn dann allein der Eindruck bleibt, dass diese Worte nur dazu verwendet wurden, um die künftigen CDU-Beschlüsse von der Opposition möglichst einstimmig absegnet zu erhalten, dann schließe ich mit den vom Fraktionsvorsitzenden der CDU an die SPD-GFW-Gruppe gerichteten Worte: „Diesen Zahn können wir euch gleich ziehen!“



Wilfried Nickel

Zusammenarbeit



Einsparungen / "Giftliste"

1 Samtgemeinde mit 4 Mitgliedsgemeinden

Anlage 2

Einsparpotenziale im Rahmen der Strukturreform Bodereich / Westedt	2012	2013	2014	2015	2016	Erläuterungen
Personal	190.835,71 €	201.215,82 €	288.404,13 €	417.936,71 €	462.179,25 €	
Organe	137.102,36 €	138.296,01 €	139.523,54 €	140.779,71 €	142.067,29 €	
Sach- und Betriebsausgaben	- €	75.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	100.000,00 €	
Aufgabenbereich	160.014,00 €	184.590,00 €	220.410,00 €	384.310,00 €	384.310,00 €	
Feuerwehren und Schulen	- €	- €	- €	125.000,00 €	125.000,00 €	bedarfsgerechte Anpassung der Strukturen
Kinderbetreuung	- €	- €	18.000,00 €	18.000,00 €	18.000,00 €	Auflösung des Spielkreises Soltendiek
Jugendzentrum	75.000,00 €	75.000,00 €	75.000,00 €	75.000,00 €	75.000,00 €	Änderung der Organisationsform bzw. der Öffnungszeiten
Betriebshof	75.014,00 €	94.590,00 €	112.410,00 €	151.310,00 €	151.310,00 €	Fusionsgutachten "real-plan"
Bäder	- €	- €	- €	- €	- €	
Fremdenverkehr	10.000,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €	15.000,00 €	Reduzierung der Veranstaltungen
Kassenkreditzinsen	305.233,00 €	305.233,00 €	305.233,00 €	305.233,00 €	305.233,00 €	
Steuererhöhungen	- €	- €	157.500,00 €	157.500,00 €	157.500,00 €	
Einwohnerveredlung	129.400,00 €	129.400,00 €	129.400,00 €	129.400,00 €	129.400,00 €	Basisjahr 2008
Verzicht Kreisumlage(Zuweisung LK)	39.618,00 €	39.618,00 €	39.618,00 €	39.618,00 €	39.618,00 €	Basisjahr 2008
verwertbares Vermögen	- €	11.400,00 €	22.800,00 €	22.800,00 €	22.800,00 €	
Beendigung eines Mietverhältnisses	0,00 €	11.400 €	22.800 €	22.800 €	22.800 €	Kündigung der Obdachlosenunterkunft
Einsparpotenzial Gesamt	962.203,07 €	1.084.762,83 €	1.402.888,67 €	1.697.677,42 €	1.743.107,54 €	

gez. Kölling



**...schon mal vormerken:
unsere traditionelle Neujahrswanderung findet
am Sonntag, den 22. Januar 2012 statt**

Wir sagen Danke!

Die Kommunalwahl 2011 ist abgeschlossen, die neuen Gremien in unseren Gemeinden und der Samtgemeinde haben sich gefunden. Zeit also, all den Menschen zu danken, die uns mit ihrer Stimme unterstützt und uns damit ihr Vertrauen geschenkt haben. Wir hatten den Wechsel angestrebt, und an vielen Stellen wäre er tatsächlich möglich gewesen.

Das war ein toller Vertrauensbeweis für uns, auch wenn es wie bekannt anders kam.

Politik darf sich aber nicht an Wahlperioden orientieren, und daher gibt es keinen Grund, den Kopf in den Sand zu stecken. Es gilt nach vorne zu schauen und die Zukunft zu gestalten, ohne die besonderen Anforderungen, die der Zukunftsvertrag vorgibt, zu brechen. Ein "Weiter so mit frischem Geld" wird es daher - wie versprochen - mit uns definitiv nicht geben.

Jeder Tag ist ein neuer Tag mit neuen Chancen, und diese gilt es zu nutzen. Kreativität, Offenheit und Transparenz sind gefragt.

Wir freuen uns, wenn Sie uns weiterhin mit Anregungen und Kritik begleiten. Die Möglichkeiten dazu sind vielfältig, und man darf sie gerne nutzen.

Ihr Andreas Dobslaw

**Der SPD-Ortsverein
Samtgemeinde Aue
wünscht allen
Leserinnen und
Lesern ein frohes und
besinnliches
Weihnachtsfest und
einen guten Rutsch
ins Neue Jahr**

Bürgerpfad Stadensen-Nettelkamp - Es ist vollbracht!



Am letzten Samstag im November trafen sich die Aktiven der Aktion Bürgerpfad, um das Projekt wie angekündigt zum Abschluss zu bringen.

Die Fielmann-Stiftung hatte sich im Vorfeld bereit erklärt, Sträucher und Bäume für den Ratsplatz an der Büнау zu spenden, und diese wurden nun eingepflanzt.

Weiterhin wurden die Fundamente für zwei Bänke und einen Tisch gesetzt. Das

Mobiliar selbst wird dann zum Frühjahr eingebaut.

Mit dieser Aktion ist das Projekt nun offiziell beendet. Der SPD-Ortsverein gratuliert den Aktiven der Aktion Bürgerpfad zu diesem erfolgreich abgeschlossenen Musterprojekt, dass einmal mehr verdeutlicht, dass das Gemeinwohl nicht an politischen Strukturen, sondern am Willen der Menschen hängt.

